

türkei infodienst

Nr. 82

ERSCHEINT 14-TÄGIG

21. Mai 1984

Menschenrechte

a) HINRICHTUNGEN

Seit dem 12.09.1980 wurden in der Türkei 48 Menschen hingerichtet (darunter 25 politische Täter).

b) TODESSTRAFEN

Seit der Ausrufung des Kriegsrechtes im Dezember 1978 wurden in der Türkei 346 Todesstrafen verhängt.

Bestätigungen

Hürriyet vom 10.05.1984

8 Hinrichtungsakte wurden aus dem Parlament zurückgezogen

Die Hinrichtungsakte von 6 Personen, die wegen Mordes an dem ehemaligen Ministerpräsidenten Nihat Erim und dem Polizeipräsidenten von Istanbul, Mahmut Dikler, zum Tode verurteilt worden waren, wurden auf Antrag ihrer Anwälte aus dem Rechtsausschuß zurückgezogen. Mit dem Antrag einer Wiederaufnahme des Verfahrens wurden die Akten an das Ministerpräsidium geschickt und werden von hier an das Verteidigungsministerium weitergeleitet.

Des Weiteren wurden die Hinrichtungsakte von Kenan Dogan und Mustafa Özdemir, die wegen des Versuches, die verfassungsmäßige Ordnung verändern zu wollen, zum Tode verurteilt worden waren, an das Verteidigungsministerium zurückgesandt.

Ann.: Im ersten Fall handelt es sich um vermeintliche Angehörige von Dev-Sol. In den weiteren Verhandlungen gegen diese Organisation in Istanbul hatte sich herausgestellt, daß die Geständnisse der 6 Personen unter Folter zustande gekommen waren. Bei den 2 weiteren Personen handelt es sich um vermeintliche Angehörige von Devrimci Kurtulus, die im Juli 1982 in Adana zum Tode verurteilt worden waren, tid.

Hürriyet vom 11.05.1984

23 Hinrichtungsakte werden untersucht

Aus der Reihe von Hinrichtungsakten, die bei dem Parlament anhängig sind, wird heute der erste, das Verfahren von Ilyas Has, verhandelt. Wie der Vorsitzende des Rechtsausschusses, Ali Dizdaroglu, Hürriyet mitteilte, werden die anderen anhängigen 23 Urteile, darunter 2 Frauen, je nach der Geschwindigkeit der Bearbeitung verhandelt. Unter den Todesurteilen, deren Bestätigung bei der Rechtskommission anhängig ist, sind nach Mitteilung des Vorsitzenden 15 politische und 8 unpolitische. Bei dem Verfahren sei man so vorgegangen, daß jedes Mitglied des Ausschusses aufgrund eines Losverfahrens bestimmte Akte zur Behandlung bekommen habe. Bei der Beratung der Todesstrafen werde

die Kommission auch berücksichtigen, ob eine Hinrichtung von öffentlichem Interesse sei, sagte Dizdaroglu.

Cumhuriyet vom 14.05.1984

Die erste Hinrichtungsakte vor dem Parlament

In dieser Woche wird sich das Parlament mit der ersten Hinrichtungsakte seit seiner Eröffnung beschäftigen. Es handelt sich um die Hinrichtung von dem linken Aktivist Ilyas Has, dessen Todesurteil in der letzten Woche durch den Rechtsausschuß bestätigt worden war.

Ann.: Nach anderen Pressemeldungen handelt es sich bei Ilyas Has um einen Angehörigen von Dev-Yol, der am 19.01.82 in Adana zum Tode verurteilt worden war, tid.

c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

05.05.84 4 Rechte in Istanbul

Vor den Gerichten der Türkei wurden seit dem 12.09.80 in 5975 Fällen die Todesstrafe gefordert.

d) PROZESSE

Cumhuriyet vom 09.05.1984

Kassationsgerichtshof löst Urteil gegen MSP auf

Das Urteil gegen Necmettin Erbakan und 22 führende Politiker der Nationalen Heilspartei, MSP, die wegen 'der Verwandlung der MSP in einen illegalen Verein und Verstoß gegen den Laizismus' verurteilt worden waren, ist mangels Beweisen durch den militärischen Kassationsgerichtshof aufgehoben worden.

Der Militärstaatsanwalt hatte am 20.02.81 gegen 34 Leiter der Partei das Verfahren beantragt, das am 24.04.81 vor dem Militärgericht Nr. 1 in Ankara begann. Am 24.02.83 erging das Urteil, das Necmettin Erbakan und 22 Freunde zu Strafen zwischen 2 und 4 Jahren verurteilte. 19 Angeklagte waren mangels Beweisen freigesprochen worden. Während der militärische Kassationsgerichtshof das Urteil mangels Beweisen aufhob, wurde in zwei Fällen mangelnde Ermittlung als Begründung aufgeführt.

Milliyet vom 10.05.1984

Mehdi Zana wegen zwei weiterer Vergehen angeklagt

Vor dem 1. Strafgericht in Diyarbakir ist der ehemalige Bürgermeister von Diyarbakir, Mehdi Zana, wegen zwei weiterer Vergehen angeklagt. Ihm wird vorgeworfen, sein Amt mißbraucht zu haben, ein Verstoß gegen das Gesetz mit der Nummer 1475. Da Zana aus dem Militärfängnis nicht zur Verhandlung gebracht wurde, wurde der Prozeß vertagt. Mehdi Zana war im Zusammenhang mit dem Özgürlük Yolu-Verfahren zu einer Strafe von 24 Jahren und 1 Monat Zuchthaus verurteilt worden.

Cumhuriyet vom 10.05.1984

Für Selda wird eine Strafe zwischen 5 und 15 Jahren gefordert

Unter dem Vorwurf, Kommunismuspropaganda betreiben zu haben, wird vor dem Militärgericht Nr. 2 in Istanbul gegen die Sängerin Havva Selda Bağcan eine Haftstrafe zwischen 5 und 15 Jahren gefordert. Der Grund wird in den Texten auf einer Schallplatte gesehen, die von der Firma Türkiöla im Jahre 1978 auf den Markt gebracht worden war. Aus diesem Grunde sind auch der Direktor der Firma, Feridun Bilis, und der Arrangeur Muhlis Akarsu angeklagt.

Hürriyet vom 11.05.1984

Zwei Haftentlassungen im DISK-Verfahren

Nach der Haftentlassung des ehemaligen Vorsitzenden der Gewerkschaft Tekstil-Is und Mitglied des Präsidiums von DISK, Süleyman Celebi, sowie dem Mitglied des Präsidiums von Genel-Is und des Vorstandes von DISK, Ismail Hakki Önal, hat sich die Zahl der Inhaftierten im DISK-Verfahren auf 12 reduziert. Im DISK-Verfahren, das seit 2,5 Jahren vor dem Militärgericht Nr. 2 in Istanbul durchgeführt wird und in dem 147 Personen angeklagt sind, gegen die in 74 Fällen die Todesstrafe beantragt ist, wurde damit zum ersten Mal ein Mitglied des Präsidiums entlassen.

Tercüman vom 11.05.1984

Revisionsverhandlung im Rizzari-Verfahren

Vor der 3. Kammer des militärischen Kassationsgerichtshofes wurde die Revisionsverhandlung gegen 209 Angeklagte von der illegalen Organisation Rizzari durchgeführt. Nachdem die Aktenlage untersucht worden ist, wird mit einem Urteil gerechnet.

Hürriyet vom 12.05.1984

Das TIP-Verfahren mit 120 Angeklagten begann

Vor dem Militärgericht Nr. 2 in Istanbul begann gestern das Verfahren gegen 120 Angeklagte der Arbeiterpartei der Türkei, TIP, aus den Provinz- und Kreisorganisationen von Istanbul, Ankara, Kars, Adana, Sakarya, Kocaeli, Amasya, Hatay und Antalya. In der durch den militärischen Staatsanwalt verlesenen Anklageschrift wird für die Angeklagten in dem als TIP 4 bezeichneten Verfahren eine Strafe zwischen 5 und 12 Jahren gefordert, weil sie die Partei in eine illegale Organisation verwandelt haben.

Milliyet vom 13.05.1984

14 neue Angeklagte im Baysen Verfahren

Im Verfahren gegen die DISK-Gewerkschaft Bay-Sen wurde gegen 14 Personen durch eine Zusatzanklageschrift das Verfahren eröffnet. Gegen sie werden Haftstrafen zwischen 10 und 20 Jahren gefordert. Dadurch hat sich die Zahl der Angeklagten in diesem Verfahren auf 51 erhöht.

WDR IV vom 14.05.1984

Verfahren gegen Bülent Ecevit

Gegen den Vorsitzenden der aufgelösten CHP, Bülent Ecevit, wurde ein Ermittlungsverfahren eröffnet. Wie verlautete, wurde das Verfahren im Zusammenhang mit seiner Erklärung, daß er bei den Kommunalwahlen am 25. März nicht abstimmen werde, eröffnet. Seine Erklärung

vor ausländischen Journalisten in diesem Zusammenhang hatte folgendermaßen gelautet: *"Ich werde nicht abstimmen. Jemanden, dem man untersagt hat, seine Meinung zu Fragen des Landes zu äußern, kann man auch nicht zwingen, sich an Wahlen zu beteiligen. Da ich später nicht erklären darf, für welche Partei ich abgestimmt habe, können sich darum Gerüchte entwickeln, die ich nicht ausräumen kann. Deswegen werde ich solange nicht abstimmen, bis ich wieder vor der Öffentlichkeit sagen kann, welcher Partei ich meine Stimme gegeben habe. Auch meine Gattin wird heute nicht abstimmen, denn sie ist an diesem Punkt mit mir einer Meinung."*

Cumhuriyet vom 17.05.1984

Das TKP-Verfahren

Im TKP-Verfahren von Ankara mit 288 Angeklagten haben die Angeklagten ihre letzte Verteidigung vorgebracht. Das Verfahren wurde zur Urteilsverkündung auf den 29. Mai vertagt.

Cumhuriyet vom 17.05.1984

Müsfik Eren erneut verurteilt

Das Mitglied des Vorstandes der aufgelösten Arbeiterpartei der Türkei, Müsfik Eren, wurde nun erneut durch das Militärgericht Nr. 1 in Istanbul zu einer Haftstrafe von 7,5 Jahren verurteilt, da in dem Wandkalender von 1977 unter dem Titel 'Gruß der Arbeiterpartei der Türkei an die Welt und die helle Zukunft unserer Türkei' Kommunismuspropaganda betrieben worden sein soll. Dieses Urteil war zunächst durch die 1. Kammer des Militärkassationsgerichtshofes aufgelöst worden. Eren hat außerdem im TIP-Verfahren eine Strafe von 8 Jahren wegen Verstoßes gegen 5 141/1 bekommen.

Cumhuriyet vom 17.05.1984

Verfahren gegen Volkshäuser

Im Verfahren gegen die Leiter des Volkshauses in Bakırköy vor dem Militärgericht Nr. 3 in Istanbul wurde nun der türkische Musiker Ömer San als Zeuge vernommen. Den Angeklagten wird Kommunismuspropaganda auf dem Publikationswege, Loben einer Straftat und Verstoß gegen das Kriegsrecht vorgeworfen. Der Zeuge sagte, daß er 3 Monate lang Unterricht im Sz-Spielen gegeben habe, in dieser Zeit aber keine illegalen Aktivitäten oder verbotene Literatur in dem Volkshaus Bakırköy bemerkt habe.

e) VERHAFTUNGEN

42 Angehörige der illegalen Organisation THKP/C Kurtuluş, die nach dem 12. September versucht hatten, die Organisation wieder aufzubauen und sich in Vorbereitung auf Aktionen zum 1. Mai befanden, sind in Istanbul gefaßt worden. Bei ihnen wurden eine Reihe von Flugblättern, Plakaten, linke Literatur und eine Druckmaschine beschlagnahmt (Milliyet vom 10.05.84).

In Istanbul wurde die unter dem Spitznamen 'Ansegirin Hasibe' bekannte Frau des ins Ausland geflüchteten Terroristen Edip Eranil, Gürcan Eranil, sowie der unter dem Spitznamen 'Kostik' bekannte Ömer Akif Kopuz und weitere 4 Militante der illegalen Organisation Dev-Sol festgenommen. Bei den Operationen, die 2 Monate andauerten, wurden aufgrund des Nachrichtencodes mit dem Ausland auch Materialien zur Herstellung von falschen Pässen, sowie für eine bewegliche Radiostation beschlagnahmt (Tercüman vom 17.05.84, in Hürriyet vom gleichen Tage wird der Deckname der Frau als

'Lady' angegeben).

f) HAFT, FOLTER ...

Milliyet vom 09.05.1984

Untersuchungskommission für Haftbedingungen

... in diesem Zusammenhang verlautete auch, daß der Vorschlag des ANAP-Abgeordneten Barlas Dogu auf Einrichtung einer parlamentarischen Untersuchungskommission in der nächsten Woche nach Rückkehr des Parlamentspräsidenten Necmettin Karaduman in Angriff genommen wird.

Ann.: Der Rechtsausschuß hatte nach einer Meldung vom 4.5. unter Hinweis auf die Delegation des Europarates die Einrichtung einer solchen Kommission abgelehnt, tid.

Cumhuriyet vom 09.05.1984

Justizminister: Jeder soll sich das Gefängnis in Burdur ansehen

In einem Gespräch mit Journalisten stellte der Justizminister Necat Eldem, fest, daß die Behauptung, daß in den Gefängnissen 2-3 Personen sich ein Bett teilen müssen, haltlos sei. Er habe sich die Gefängnisse angeschaut und nichts dergleichen festgestellt. Im Gegenteil haben die Gefängnisse eine Kapazität von 83.000 und eine Belegung von 75.000, so daß noch 10.000 Plätze frei seien. Auf den Vorhalt eines Reporters, daß die von ihm besuchten Gefängnisse zuvor entsprechende Vorbereitungen getroffen haben könnten, sagte er, daß jeder sich das Gefängnis in Burdur anschauen könne. Dort sei es blitzblank sauber und die Bediensteten verstünden ihr Geschäft. Als ein Reporter auf die Behauptung zu sprechen kam, daß im Gefängnis in Sinop, Ratten Ohren und Nasen von Gefangenen angefressen haben, sagte er, daß er hingehen werde und sich selber davon überzeugen werde.

Milliyet vom 12.05.1984

Kahveci: ai soll uns nicht wie ein lateinamerikanisches Land behandeln

Nachdem durch amnesty international ein Bericht über 'Folter in der Türkei' veröffentlicht wurde, hat sich der Berater von Turgut Özal, Adnan Kahveci, zu Wort gemeldet und gesagt, daß man nicht akzeptieren könne, wenn ai sie wie ein lateinamerikanisches Land behandle. Niemals habe die Regierung einen Befehl auf Folter ausgegeben und jede Art von Beschwerde werde nachgegangen.

In diesem Zusammenhang wird auch auf den Leitartikel in 'The Times' verwiesen, der darauf aufmerksam macht, daß die Regierung in Ankara natürlich auf einen solchen Bericht reagieren werde und es unpassend sei, einen solchen Bericht gerade zu einer Zeit zu veröffentlichen, wo die Türkei zur Demokratie zurückkehrt. Auf der anderen Seite macht der Artikel aber auch darauf aufmerksam, daß die Türkei wieder in den Europarat aufgenommen worden sei und deswegen mit europäischen Standards gemessen werden müsse.

Hürriyet vom 13.05.1984

Anfrage an Justizminister, ob in den Gefängnissen gefoltert werde

Der Abgeordnete der Volkspartei (HP) für die Provinz Sivas, Rusen Isin, hat eine Anfrage an den Justizminister gestellt, in dem gefragt wird, ob in den Gefängnissen gefoltert wird und welche Beschwerden aus den Gefäng-

nissen erhoben werden.

Tercüman vom 13.05.1984

Staatsminister: Die Behauptungen sind aus der Luft gegriffen

Im Zusammenhang mit der Behauptung, daß in der Militärgefängnissen der Türkei schlechte Bedingungen herrschen, hat die Regierung eine Erklärung abgegeben. Wie der Regierungssprecher und Staatsminister Mesut Yilmaz sagte, stimmten die Behauptungen nicht mit den Tatsachen überein und müßten als eine Taktik der Propagandaaktivitäten gegen unser Land bewertet werden.

Tercüman vom 13.05.1984

In Metris und Sigmalcilar befinden sich 266 Gefangene im Hungerstreik

Es wurde mitgeteilt, daß im Militärgefängnis Metris 113 Gefangene, darunter 26 Frauen und im Militärgefängnis Sigmalcilar 153 Gefangene fest entschlossen ihren Hungerstreik fortsetzen.

Tercüman vom 15.05.1984

Gefangene umarmten ihre Mütter

Aus Anlaß des Muttertages konnten die Untersuchungshäftling in den Militärgefängnissen Metris (Istanbul) und Mamak (Ankara) ihre Mütter in die Arme schließen. Die Mütter vergossen viele Tränen und versuchten mit Geschenken ihren Kindern etwas Gutes zu tun.

Cumhuriyet vom 17.05.1984

Die Strafe des Unteroffiziers Sükrü Bag wurde rechtskräftig

Der wegen Tod durch Schlagen an dem Verleger İlhan Erdost zu einer Strafe von 10 Jahren und 8 Monaten verurteilte Unteroffizier Sükrü Bag muß diese Strafe nun absitzen. Zunächst hatte die 5. Kammer des Militärkassationsgerichtshofes die Strafe aufgrund des Charakters der Straftat aufgehoben. Auf den Einspruch der Staatsanwaltschaft hin wurde nun in der Verhandlung der Kammerversammlung das Urteil bestätigt und somit rechtskräftig.

Demokrat Türkiye vom 16.05.1984

Bei einer Auseinandersetzung in Ünye fielen zwei Revolutionäre

Wie erst jetzt bekannt wurde, sind im Monat April bei einer Auseinandersetzung zwischen einer Gruppe von Dev-Yol Anhängern und einer Militäreinheit 2 Revolutionäre gefallen. Wie es heißt, soll einer von ihnen Harun heißen. Nachdem die Gruppe es geschafft hatte, die Umkreisung zu durchbrechen, stellten sie fest, daß ihr Kamerad Kadir Aksoy schwer verletzt war. Sie brachten ihn in ein Gesundheitsamt, wo er aber am Bluverlust starb.

BRD

Hürriyet vom 13.05.1984

ASU: Arbeitslose Ausländer ausweisen

Von der Aktionsgemeinschaft selbständiger Unternehmer, ASU, wurde die Forderung aufgestellt, die Aufenthalts- und Arbeitsrechte der Ausländer und insbesondere der Türken in der Bundesrepublik weiter einzuschränken. Insbesondere für Ausländer, die sich seit weniger als 5 Jahren in der BRD aufhalten und keine Arbeit haben, soll ein Gesetz ausgearbeitet werden, daß die Ausweisung vorsieht. AUS tritt weiter für die Einführung der 6 Jahres-Grenze für Familiennachzug ein und möchte, daß die Freizügigkeit nicht für Türken gilt, falls die Türkei der EG beitrifft.

Tercüman vom 17.05.1984

Besetzer des THY-Büros vor Gericht

Vor dem Strafgericht in Athen wurde gestern erneut gegen die 14 Besetzer des Büros der Turkish Airlines (THY) am 9.2.84 verhandelt. Unter dem Vorwurf, Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet zu haben und Hausfriedensbruch wurde schon einmal am 5.4. verhandelt, da aber einige Zeugen nicht gekommen waren, wurde die Verhandlung vertagt. Gegen die Angeklagten werden Strafen zwischen 1 und 3 Jahren gefordert.

Tercüman vom 17.05.1984

Trost für die 'Fremdländer' im Gefängnis

Das Gesetz, das vorsieht, daß türkische Bürger, die im Ausland zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurden, ihre Strafen in der Heimat absitzen können, bekam durch die Veröffentlichung im Amtsblatt Rechtskraft. Das Gesetz sieht ebenfalls vor, daß Ausländer, die in der Türkei verurteilt wurden, ihre Strafen in ihrer Heimat verbüßen können. Das Abkommen wurde mit den Staaten des Europarates und den USA geschlossen. Sollten die anderen Ländern ebenfalls die gesetzliche Grundlage geschaffen haben, so können die mehr als 500 türkischen Gefangenen von den in der Bundesrepublik inhaftierten mehr als 1000 Gefangenen ihre Reststrafe in der Türkei verbüßen.

Wirtschaft

Milliyet vom 10.05.1984

Die EG hat weitreichende Beschränkungen für die türkischen Textil-Produkte beschlossen

Die Beschränkungen, die die EG für die türkischen Textil-Produkte bis zum Jahresende 1984 verfügt hat, wurden bekanntgegeben. Damit wurden die Exporte der Türkei an die EG-Länder bis Ende dieses Jahres auf 7,81 Millionen T-Shirts, 3,899 Millionen Hosen, 2,81 Millionen Unterwäsche begrenzt. Der Beschluß der EG, die türkischen Textil-Exporte mit Beschränkungen zu belegen, wurde in Ankara mit Protest aufgenommen. Die Sprecher des Handelsministeriums sagten: *"Der Beschluß der EG ist eine konservative Haltung und verstößt gegen den Geist der Beitrittsvereinbarung. Anstatt Liberalisierungen vorzunehmen, trifft die EG konservative Maßnahmen."*

Milliyet vom 11.05.1984

Die Zinssätze wurden erhöht

Mit den Bekanntmachungen in der gestrigen Nummer

des Amtsblatts hat die Zentralbank die Zinssätze ab 14. Mai neu festgelegt. Die Erklärung der Zentralbank lautet, daß die Neuregelung deshalb vorgenommen wurde, um die Geld-Kredit-Situation und die neue konjunkturelle Lage zu berücksichtigen.

Politische und ökonomische Kreise in Ankara kommentieren dagegen die Erhöhung der Zinssätze für Spareinlagen von 49% auf 52% damit, daß selbst die Regierung zugibt, daß dieses Jahr die Inflationsrate sehr hoch ausfallen wird.

Cumhuriyet vom 11.05.1984

Alptemocin: Auslandskapital wird die Arbeitslosigkeit abbauen

Staatsminister Ahmet Kurtcebe Alptemocin sagte gestern bei der Pressekonferenz über die Arbeitslosigkeit, daß die Regierung großen Wert auf den Abbau der Arbeitslosigkeit legt. Ferner sagte Alptemocin: *"Anreize fürs Auslandskapital und Anregungen für neue Investitionen werden beim Abbau der Arbeitslosigkeit einen wichtigen Beitrag leisten."*

Alptemocin bemerkte auf eine Frage hin, daß das Entlassungsverbot in Kraft sei, aber unter veränderten Bedingungen überdacht werden müsse.

Die Schätzungen für März 1984 gehen dahin, daß die Arbeitslosenzahl in der Türkei insgesamt 3.837.900 beträgt.

Tercüman vom 13.05.1984

Die Arbeitnehmerschaften bekommen einen Auslandskredit in Höhe von 120 Millionen Dollar

Nachdem die Ministerrunde für Investoren eine Wechselkursgarantie beschlossen hat, stellen nun die Bank für industrielle Entwicklung der Türkei und die DESI-YAB jeweils 100 bzw. 20 Millionen Dollar Auslandskredit für die Arbeitnehmerschaften zur Verfügung.

Cumhuriyet vom 16.05.1984

Der Arbeitsminister: Schuld an der Verzögerung der Tarifabschlüsse sind die Gewerkschaften und die Arbeitgeber

Der Minister für Arbeit und soziale Sicherheit, Mustafa Kalemli, beschuldigte wegen der Verzögerung der Tarifabschlüsse die Gewerkschaften und die Arbeitgeber.

Kalemli sagte, daß die Gesetze, die das Arbeitsleben regeln, anders aussehen als die von der Periode vor dem 12. September 1980. Das neue System könne erst dann in Funktion treten, wenn die von der Obersten Schiedsstelle ausgearbeiteten Tarifverträge auslaufen und die Gewerkschaften vom Arbeitsministerium ein Befugnis-Zertifikat bekommen haben. Kalemli bemerkte, daß sehr viele Arbeitgeber aber insbesondere die Gewerkschaften die Erklärungen falsch aufgesetzt oder bis zu letzten Tag mit der Abgabe gewartet haben.

Cumhuriyet vom 17.05.1984

Die Inflationsrate erreichte die Höhe von 50%

Das Sekretariat für Schatzkammer und Außenhandel gab bekannt, daß die Jahresinflation die Höhe von 50% überschritten hat. Das Sekretariat gibt den Preisindex für Istanbul im letzten Monat mit 9,9% an. Die Inflation beträgt in 4 Monaten 18,7%.

Internationale Beziehungen

Tercüman vom 05.05.1984

"Ich habe 8 Tage lang im Paradies gelebt"

Die ausländerfreundliche Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Lisolette Funcke, erklärte gegenüber Tercüman, daß die Familienzusammenführung genau definiert und Aufenthaltserlaubnis erteilt werden müsse, damit die Türken eine gesicherte Zukunft haben.

Funcke meinte, daß sie während ihrer 8-tägigen Türkei-Reise das Gefühl hatte, im Paradies zu leben und die Türken in Anatolien aus der Nähe und besser kennengelernt habe. Funcke versprach, alles Mögliche zu tun, um die Familienzusammenführung der in Deutschland lebenden Arbeiter zu erreichen.

Tercüman vom 05.05.1984

Kein Verzicht auf die Freizügigkeit

Die Türkei teilte der Bundesrepublik Deutschland mit, daß sie auf die für die türkischen Arbeiter erst 1985 fällige Freizügigkeit nicht verzichten kann. Dieser Standpunkt der türkischen Regierung wurde bei einem Delegationstreffen der beiden Regierungen in Ankara zum Ausdruck gebracht. Es wurde betont, daß nur eine Vertagung der Freizügigkeit in Frage käme. Außerdem verlangt Ankara, daß die Bundesrepublik innerhalb der EG sich aktiv für die Türkei einsetzt.

Milliyet vom 06.05.1984

"Armenischer Trick"

Die Sprengung des armenischen Mahnmals vorgestern in Alfortville führte zu Spannungen in den Beziehungen der Türkei zu Frankreich und zur Sowjetunion. Die Sprengung und zwei weitere Bombenlegungen wird ausgehend von einigen Annahmen bewertet.

Gut unterrichtete, ausländische Beobachter meinen, daß dieser Anschlag nicht von der Türkei verübt worden sein kann. Sie weisen darauf hin, daß Ministerpräsident Özal sich vom Attentat in Teheran nicht provozieren ließ und den Anschlag in Frankreich, an dem offizielle Stellen beteiligt waren, dahingehend interpretierte, daß dieses Problem ohne Eskalationen gelöst werden müsse.

Außerdem wurde in Erfahrung gebracht, daß Außenminister Vahit Halefoglu bei der gestrigen Sitzung des Kabinetts die türkisch-französischen Beziehungen zur Sprache gebracht und eine Liste vorgelegt hat, in der die gegen Frankreich ergreifbaren Maßnahmen aufgezählt sind.

Milliyet vom 13.05.1984

In der Sache der F-16 Kampflugzeuge wurde ein neuer Vertrag unterzeichnet

Im Rahmen der türkisch-amerikanischen Zusammenarbeit in der Sache der F-16 Kampfflugzeuge wurde gestern mit der Herstellerfirma General Dynamics ein neuer Vertrag unterzeichnet. Der Vertrag zielt darauf ab, durch Export von Ersatzteilen die Deviseneinnahmen der Türkei zu steigern. Es wird eine Deviseneinnahme in Höhe von 150 Millionen Dollar erwartet.

Milliyet vom 15.05.1984

Die Verhandlungen über die Papier-Raketen dauern an

In London werden zum Bau der englischen Papier-Raketen in der Türkei Verhandlungen geführt. Diplomatische Kreise in England melden, daß eine Delegation von Top-Managern der staatlichen Maschinenbauindustrie in London eingetroffen sei und mit der Herstellerfirma British Aerospace Verhandlungen aufgenommen habe.

Die Türkei plant die Papier-Raketen nicht nur in der Türkei herzustellen, sondern auch in den Nahen Osten zu verkaufen. Dies war ein sehr wichtiger Diskussionspunkt bei den Verhandlungen mit den Engländern. Es wird allerdings gefragt, wohin eigentlich die Türkei die Raketen verkaufen könne, zumal die Raketen außer in England noch in einer Reihe von Ländern produziert werden.

Tercüman vom 11.05.1984

Die US-Hilfe wurde um 46 Millionen Dollar gekürzt

Im Plenum des Repräsentantenhauses der USA stellten die Abgeordneten Winn und Feighan einen Antrag und ließen die Militärlieferung an die Türkei auf 670 Millionen Dollar reduzieren. 217 Millionen Dollar von diesem Betrag ist als Spende gedacht. Auf 226,5 Millionen Dollar steht ein Zins von 5%, auf die restlichen 226,5 Millionen die üblichen Zinssätze auf dem Markt. Über den Antrag wurde gestern abgestimmt und bei 27 Ablehnungen mit 376 Stimmen angenommen.

Cumhuriyet vom 14.05.1984

"Kompromiß" in der europäischen Menschenrechtskommission

Die europäische Menschenrechtskommission wird heute über den Antrag von Frankreich, Dänemark, Holland, Schweden und Norwegen beraten. Diese Staaten behaupteten, daß in der Türkei die Menschenrechte verletzt werden. Die Kommission will bei ihrer Beratung ihre künftige Marschroute in dieser Sache festlegen.

Die Türkei hat bisher die Vorwürfe wegen Menschenrechtsverletzungen abgelehnt. Trotzdem bestanden die 5 Staaten auf der Begründetheit ihres Antrages, und die Kommission befand daraufhin den Antrag im Dezember vergangenen Jahres für untersuchungswürdig.

Außenminister Vahit Halefoglu erklärte letzte Woche vor der Sitzung der Kommission, daß die Türkei einen Kompromiß annehmen könne. Diese Erklärung bringt neues Licht in die Arbeit der Kommission.

Cumhuriyet vom 13.05.1984

Wir gewähren Pakistan einen Kredit in Höhe von 50 Millionen Dollar

Ministerpräsident Turgut Özal setzt seine Verhandlungen in Pakistan fort. Die offiziellen Gespräche zwischen der Türkei und Pakistan haben in der Hauptstadt Islamabad stattgefunden. Staatsminister und stellvertretender Ministerpräsident Kaya Erdem erklärte nach den Gesprächen, daß die Türkei Pakistan einen Handelskredit in Höhe von 50 Millionen Dollar versprochen habe.

Tercüman vom 16.05.1984

Wir haben den Vorschlag der USA abgelehnt

Noch vor der Reise des Ministerpräsidenten Turgut Özal nach Libien am 22. Mai schlug die Reagan-Administra-

tion der türkischen Führung vor, Muammar Al Kaddafi nicht in die Türkei einzuladen. Dieser Vorschlag hat gezeigt, daß die türkisch-amerikanischen Beziehungen nicht frei von Reibungen sind.

Die Özal-Regierung hat aber diesen Vorschlag mit der Begründung zurückgewiesen, daß die Türkei mit Libien besonders intensive wirtschaftliche Beziehungen unterhalte.

EUROPARAT

Die Entscheidungen im Europarat haben in der türkischen Presse erwartungsgemäß einen breiten Raum eingenommen. Dabei wurde auf der einen Seite mit großer Genugtuung darauf verwiesen, daß die Türkei nun wieder ihren Platz einnehmen wird, auf der anderen Seite aber wurden die Äußerungen der Europaratsdelegierten, die die Türkei -und dabei auch die Militärgefängnisse besucht hatten- in ausführlichen Berichten und Kommentaren wiedergegeben. Wichtig schien also nicht so sehr die Entscheidung zu sein, sondern viel eher der Einfluß auf die öffentliche Meinung. Die türkische Presse berichtete dabei im Tenor eher in der Weise, daß nun alle Behauptungen im Ausland über Menschenrechtsverletzungen und schlechte Haftbedingungen ausgeräumt seien. Insbesondere der belgische Sozialist Claude Dejardin wurde häufig zitiert, weil er sich nach seinem Besuch 'eines Besseren besonnen' hatte.

Claude Dejardin war zuvor einer der schärfsten Kritiker der Türkei gewesen und hatte in der Vergangenheit mehrfach für den Ausschluß votiert. Der Däne Lasse Budtz bekam wie üblich eine sehr schlechte Presse, weil er als einer der wenigen bei seiner abhaltenden Haltung geblieben war. Zum Beweis seiner Unglaubwürdigkeit druckte Milliyet am 10.05.84 sogar ein Zitat von ihm ab, zu dem er gesagt haben sollte, daß man es nicht in der Presse der Türkei zitieren könne.

Die Überschrift in der Zeitung Tercüman vom 12.05.84 lautete: Wir haben ein weiteres Hindernis überwunden, während Milliyet vom 14.05.84 darauf verwies, daß der Rat der Türkei nun die Türen geöffnet hätte. Die Meldung in Cumhuriyet vom 11.05.84 war eher ein wenig zurückhaltend. Unter Zitierung der Resolution lautete hier die Überschrift: Der Europarat brachte seine Erwartungen und Befürchtungen zum Ausdruck. Dies ist aber auch die einzige Stelle, die in etwa der Absicht der Europaratsdelegierten, die Türkei sehr kritisch zu beobachten, nahe kommt.

Die Delegierten der Türkei, mit denen man nun in einen Dialog eintreten will, nahmen sich nichts von der Kritik an und auch die Diskussion, die der Europarat in Zukunft mit den türkischen Abgeordneten wünscht, scheint mehr als schwierig zu werden, da schon kurz nach der Sitzung in Straßburg der Außenminister Halefoglu verlauten ließ, daß die Türkei auf alles eine Antwort wüßte und ansonsten in seinen Entscheidungen souverän sei (s. Bericht unter 'Demokratisierung').

Im Vordergrund der Berichterstattung in Tercüman aber auch anderer Boulevardzeitungen stand die Aktion des 'langen Marsches auf Straßburg' und des 'Tribunals'. Der Regisseur Yilmaz Güney rückte hier in den Mittelpunkt des Interesses. In mehrtägigen Folgen wurde immer wieder auf das 'Verräterische Verhalten' aufmerksam gemacht. Stolz verkündete schließlich Tercüman, daß man eine Anzeige gegen den 'gesuchten Mörder' Güney in der Zeitung 'Le Monde' veröffentlichen werde. Der früher einmal linksliberale Kolumnist Ugur Mumcu vervollständigte den Reigen, indem er auf die nationale Einheit verwies und die Überzeugung vertrat, daß auch ein Linker nicht 'sein eigenes Nest beschmutzen dürfe' (Cumhuriyet vom 17.05.84). Lediglich İlhan Selçuk von der gleichen Zeitung schlug etwas andere Seiten an, als er etwas ironisch auf die Tatsache aufmerksam machte, daß die türkischen Delegierten nun sogar mit kommuni-

stischen Abgeordneten in einem Gremium sitzen müßten (Cumhuriyet vom 11.05.84).

Demokratisierung

Milliyet vom 09.05.1984

Özal: Die Amnestie muß eine Zeitlang warten

Anläßlich einer Sitzung der Fraktion der Vaterlandspartei (ANAP) sagte Özal, daß die Amnestie ein sehr wichtiges Problem sei, das nicht von heute auf morgen gelöst werden könne. Aus diesem Grunde habe die Amnestie noch eine Zeitlang zu warten. Danach ging er noch auf die Beziehungen zu Frankreich und die Ernennungen in verschiedenen Ministerien ein.

Cumhuriyet vom 09.05.1984

20.000 neue Polizisten

Die Generaldirektion der Polizei erhielt ein neues Kontingent von 20.000. Darunter sind 2000 Kommissare, 500 stellvertretende Kommissare, 15.733 Polizeibeamte, 766 Bedienstete für die Gesundheit und 1001 für die Verwaltung.

Milliyet vom 12.05.1984

Gesetzentwurf für Presseamnestie abgelehnt

Der Gesetzesentwurf für eine Amnestie der Straftaten im Zusammenhang mit Presseveröffentlichungen, der von dem HP-Abgeordneten Sükrü Yüzbaşıoğlu und Freunden eingereicht worden war, ist in dem Rechtsausschuß mit den Stimmen der ANAP und MDP abgelehnt worden, weil es kein öffentliches Interesse betrifft. In diesem Zusammenhang sagte der Vorsitzende des Rechtsausschusses, Ali Dizdaroğlu, daß ständig irgend welche Amnestievorschläge eingebracht würden, Amnestie der Presse, für Disziplinarstrafen und so fort. Sie könnten aber nicht immer so einzelnen Dinge beraten, sonst würden sie sich verzetteln.

Milliyet vom 12.05.1984

Der Rechtsausschuß empfindet Amnestie als notwendig aber verfrüht

Die Mitglieder des Rechtsausschusses haben der Agentur Anadolu ihre Ansichten zu einem Amnestiegesetz mitgeteilt. Der Vorsitzende der Kommission, Ali Dizdaroğlu, sagte dabei, daß er an die Notwendigkeit glaube, daß es aber noch zu früh sei. Man müsse an diesem Punkt sehr vorsichtig vorgehen, da man bei dem Verbinden der Wunden nicht neue aufreißen solle. Ein Amnestiegesetz habe auch die Pressevergehen und Disziplinarstrafen zu umfassen. Selbst wenn der werte Tuncsiper behaupte, daß jetzt die Zeit für eine Amnestie gekommen sei, so sei es doch wohl Aufgabe der Regierung, diese Zeit zu bestimmen.

Tercüman vom 13.05.1984

Erste Pressekonferenz des Außenministers

Der Außenminister Vahit Halefoglu hat zum ersten Mal nach den Wahlen vom 6. November eine Pressekonferenz abgehalten und zwar nach den Beratungen im Europarat in Straßburg. Zu den Beziehungen zum Europarat sagte er, daß man die Delegationsurkunden der türkischen De-

legierten mit 91 gegen 50 Stimmen angenommen habe, auf der anderen Seite aber dem Ganzen wieder Ohren aufsetzen wollte und eine Reihe von Erwartungen geäußert hätte. Man wolle wohl sagen, daß man nun nicht mehr von außen kritisiere, sondern die Sache miteinander diskutiere. Man werde von türkischer Seite schon die richtigen Antworten geben. Außerdem würden in der Türkei bestimmte Entscheidungen nicht wegen Erwartungen gefällt, sondern weil die Türkei über Selbstvertrauen verfüge. Mit der Rückkehr in den Europarat, den die Presse richtigerweise mit dem IWF vergleiche, sei die erste Institution in Europa eingenommen worden. Nun könne man auch wieder an die anderen Einrichtungen herantreten.

Tercüman vom 13.05.1984

Evren: Wir allein entscheiden, wann das Kriegsrecht aufgehoben wird

Bei einer Informationsreise durch das Erdbebengebiet in Begleitung von Nurettin Ersin und Sedat Celasun aus dem Beratungsrat des Staatspräsidenten hat der Staatspräsident Kenan Evren in Erzurum eine Rede an die Bevölkerung gehalten. Dabei sagte er, daß man fordere, daß das Kriegsrecht aufgehoben werde. Das seien aber Leute, die die furchtbaren Tage nicht erlebt hätten. Sie allein würden bestimmen, wann das Kriegsrecht aufgehoben werde. In Bezug auf die Entscheidung des Europaparlamentes (so in Tercüman zitiert, tid) sagte er, daß die Freunde der Türkei wohl den Feinden der Türkei überlegen seien.

Tercüman vom 17.05.1984

Die Türkei wird zu einer führenden Nation bei Waffenexporten

In einem in Washington von offizieller Seite veröffentlichten Bericht der 'Agentur für Kontrolle der Rüstung und für Abrüstung der USA' wurde festgestellt, daß von Mitte der 80er Jahre an, die Türkei zu einem führenden Exportland für Waffen wird. Derzeit befindet sich die Türkei mit einem Rüstungshaushalt von 3,4 Milliarden Dollar für das Jahr 1983 an 14. Stelle,

Cumhuriyet vom 17.05.1984

Der Amnestievorschlag wurde in der ANAP-Fraktion abgelehnt

Nach einer Fraktionssitzung der Vaterlandspartei hat der Fraktionsvorsitzende Ercüment Konukman der Presse mitgeteilt, daß die Fraktion diesen Vorschlag als verfrüht ansieht. Auf die Frage, was passiert, wenn Tuncsiper seinen Vorschlag dennoch beim Ministerpräsidium einreicht, sagte Konukman, daß seine Fraktion darüber entscheiden werde.

DIE ERKLÄRUNG DER 'GEISTIGEN FÜHRUNGSSCHICHT' vom 15.05.1984

Als wohl eindeutiger Beweis, daß in der Türkei immer noch keine demokratischen Verhältnisse eingeleitet sind, darf die 'Erklärung der geistigen Führungsschicht' (Übersetzung des Ausdruckes 'aydin' im Deutschen schwierig. Er heißt soviel wie Intellektuelle, Akademiker, Aufgeklärte, tid) vom 15.05.1984. Diese Erklärung wurde mit 1256 Unterschriften an diesem Tage durch den Schriftsteller Aziz Nesin, Professor Hüsnü Göksele, Prof. Bahri Savcı, Professor Fehmi Yavuz und die Künstler Esin Avsar und Bilgesu Erenos dem Staatspräsidenten Kenan Evren und dem Präsidium des Parlamentes übergeben.

Noch am gleichen Tage wurde diese Petition durch die Kriegsrechtskommandanturen mit einem Publikationsverbot belegt. Aus diesem Grunde konnte man nur im Ausland davon hören (WDR IV, Demokrat Türkiye). Diese Tatsache aber wurde von Ministerpräsident Turgut Özal auf seiner Pressekonferenz am 18.05.1984 dazu benutzt, den Initiatoren dunkle Absichten zu unterstellen, da sie angeblich die Sache mit den 'subversiven Kräften' im Ausland gemeinsam geplant hatten. Dabei waren die Intellektuellen der Türkei davon ausgegangen, daß ein solcher Vorwurf wohl erst dann entstehen könne, wenn sie den offenen Brief vor der Europaratsitzung veröffentlichen würden. Aus diesem Grunde hatten sie das Ultimatum, wie sei es selber teilweise nannten, erst nach der Sitzung eingereicht.

In der Pressekonferenz, über die WDR IV am 18.05.84 berichtete, soll Özal Auszüge aus der Erklärung verlesen haben und dann in seiner Stellungnahme dazu die Ansicht vertreten haben, daß niemand behaupten könne, daß in der Türkei keine Demokratie existiere. Er gab zu bedenken, daß die Türkei sehr düstere Tage mit mehr als 5000 Toten erlebt habe und es deshalb notwendig sei, mit einigen Einschränkungen zu leben. Auf die Frage eines Reporters, ob seine Äußerungen in Bezug auf den offenen Brief denn nun veröffentlicht werden dürften, sagte Özal, daß er das nicht beurteilen könne, weil dies eine Sache der Kriegsrechtskommandanturen sei. Das Kriegsrecht aber werde nun stufenweise abgebaut und dann hätten sie eine größere Kontrolle über diesen Bereich, sagte Ministerpräsident Turgut Özal.

In der Erklärung der geistigen Führungsschicht werden schwerpunktmäßig die Punkte: Demokratisierung, Prozesse, Folter, Hinrichtungen, Pressefreiheit, Freiheit der künstlerischen Entfaltung und das neue Hochschulgesetz behandelt. Hier der Text in einigen Auszügen:

"Die Demokratie von ihren eigenen Werten und Einrichtungen zu entfremden, sie der formhalber zu erhalten, aber ihres Inhaltes zu berauben, ist genauso gefährlich wie sie zu zerstören. ... Unsere Bevölkerung verdient die Anwendung der in allen zeitgenössischen Gesellschaften gültigen Menschenrechte und muß sie lückenlos besitzen. Wir finden es ehrenverletzend, daß unser Land in eine Situation gekommen ist, in der im Ausland die Sicherung der Menschenrechte diskutiert wird. ...

Folter, deren Existenz auch durch gerichtliche Urteile bewiesen ist, ist ein Verbrechen an der Menschlichkeit. Wir sind bedrückt, daß die Folter zu einer Bestrafungsgewohnheit, die vorschnell und primitiv erfolgt, geworden ist, ohne daß es ein Verfahren gibt.

In Anbetracht der Tatsache, daß bei dem Entstehen der terroristischen Aktionen alle Schichten der Gesellschaft einen Teil der Verantwortung tragen, glauben wir an die Notwendigkeit, die Vollstreckung der rechtskräftigen Todesstrafen einzustellen und die Todesstrafe abzuschaffen, damit der Gedanke an Lösungen durch Tod beseitigt wird. ...

Das Grundziel der Erziehung ist es, Menschen heranzubilden, die frei denken, informiert, geschickt und produktiv sind. Das Gegenteil davon, die Schaffung eines Einheitsmenschen, ist mit den zeitgemäßen Entwicklungen und der pluralistischen Demokratie nicht vereinbar. Die zeitgemäße Demokratie strebt die Ausbildung eines Menschen an, der die Welt mit kritischen Augen sehen kann. ...

... Eine gesunde gesellschaftliche Entwicklung hat zur Bedingung, daß die Zensur, die bei der Herstellung jeder Art von Kunstprodukt und dem freien Vertrieb davon, sowie die kulturelle Schaffenskraft erheblich behindert, aufgehoben wird, daß kein Thema zum Tabu erklärt wird und daß die strafrechtliche Verantwortung allein durch Gerichtsinstanzen bestimmt wird. ..."

Die Erklärung kann gegen das Übersenden von 2.- DM in Briefmarken in vollem Wortlaut bei der ath bestellt werden.

TÜRKEI-INFODIENST der alternativen türkeihilfe
c/o Michael Helweg, Postfach 7088, 4900 Herford

Postvertriebsstück 1 D 3417 D Gebühr bezahlt

extra reisen

ANKARA: SOZIALARBEIT im GECEKONDU

10 - 15 Teilnehmer

Vorbereitendes Seminar: 21./22.7
Reise: 24.8. - 7.9.1984 (15 Tage)

PROGRAMM

Besuch eines Gecekondu-Quartiers
Vermittlung von Kontakten und Gesprächen mit Bewohnern
Staatliche Sozialstation
Akademie für Sozialwesen
Diskussion mit Mitarbeitern des Projekts *Sozialarbeit im Gecekondu*
Besuch von Einrichtungen des Projekts: Kinderkrippen und gärten, Beratungszentrum für Frauen usw.

Preis: (incl. Flug) 1980 DM
(bei eigener Anreise auf Anfrage)

Flug München - (Istanbul) - Ankara
Transfer von und zum Flughafen (Esenboga) alle im Zusammenhang mit dem Programm stehenden Transfers
Übernachtung mit Frühstück in einfachem Hotel (Doppelzimmer, Warmwasser, Dusche) im Stadtzentrum
zweisprachige Reiseleitung
Reiserücktrittskosten-Versicherung
Vorbereitendes Wochenendseminar (Vollpension)

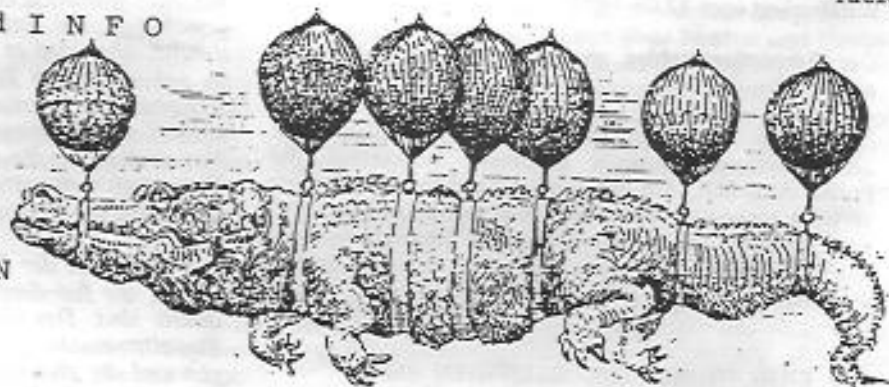
TEILNEHMERKREIS Sozialarbeiter, Lehrer, sonstige in der Ausländerarbeit Tätige

ANMELDUNG und INFO

extra-reisen
pader-Verlag
Rotlintstr. 45 H
6000 Frankfurt/M

TELEFONISCHE RÜCKFRAGEN

07531 - 51975



IMPRESSUM

TÜRKEI-INFODIENST DER ALTERNATIVEN TÜRKEIHILFE
V.i.S.d.P. und Verleger: Michael Helweg, Postfach 70 88, 4900 Herford
Einzelpreis: 1,50 DM

Abonnement: 6 Monate: 20,- DM; 1 Jahr: 40,- DM

Kündigungsfrist: Spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abos. Wird das Abo nicht gekündigt, so verlängert es sich automatisch um den vereinbarten Zeitraum

Zahlungen nur nach Erhalt einer Rechnung auf eines der folgenden Konten:

Michael Helweg, Postscheckamt Hannover, Nr. 3981 01 - 304, BLZ: 250 100 30
Alternative Türkeihilfe, Kreissparkasse Herford - Bünde, Nr. 1 000 008 613, BLZ: 494 501 20
Der Türkei - Infodienst erscheint 14-tägig